

# FRIEDENS JOURNAL

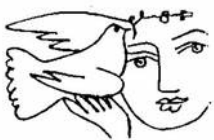


## Wohin steuert die deutsche Politik?

Bildcollage der Plakate zur Bundestagswahl 2017: Friedensjournal



- Vier Jahre Große Koalition: Aufrüstung und globale Intervention
- Deutsche Waffen in das Kriegsgebiet Saudi-Arabien
- Abschiebungen: Stimmungsmache mit fragwürdigen Zahlen
- Hilfe für die syrische Zivilbevölkerung gegen das EU-Embargo
- EU-Rüstungshaushalt contra EU-Vertrag
- Kampagnen: Nicht punktuell, sondern als Kristallisationspunkt



Herausgeber:  
Bundesausschuss  
Friedensratschlag

Sept. - Okt. 2017/Nr. **5**

Inhalt

**SCHWERPUNKT**

Vier Jahre Große Koalition: Aufrüstung und globale Intervention	3
Deutsche Waffen in das Kriegsgebiet Saudi-Arabien	6
Abschiebungen: Stimmungsmache mit fragwürdigen Zahlen	8
EU-Rüstungshaushalt contra EU-Vertrag	12

**INTERVIEW**

Hilfe für die syrische Zivilbevölkerung gegen das EU-Embargo	10
--	----

**FRIEDENSBEWEGUNG**

Kampagnen: Nicht punktuell, sondern als Kristallisationspunkte	13
--	----

**RUBRIKEN**

Bundeswehr-Einsätze kosteten 21 Mrd. Euro	5
Militäreinsatz gegen Flüchtlinge	9
Rüstung, Klima, Dumpingpreise	11
Buchbesprechung: Alles gegen Trumpf!	16

**REDAKTIONELLE INFO**

Redaktionsschluss dieser Ausgabe:	29.8.2017
Die nächste Ausgabe erscheint am:	7.11.2017

**IMPRESSUM**

Das Friedensjournal erscheint 6-mal jährlich und ist zum Spendenbeitrag von mindestens 15,00 EUR über die Redaktionsanschrift zu beziehen.

**Internetausgabe des Friedensjournals:**  
[www.frieden-und-zukunft.de/?Friedensjournal](http://www.frieden-und-zukunft.de/?Friedensjournal)  
 einschließlich digitalem Archiv ab 2010.

ISSN 2193-9233

**Herausgeber:**  
 Bundesausschuss Friedensratschlag  
 Germaniastraße 14, 34119 Kassel  
[www.friedensratschlag.de](http://www.friedensratschlag.de)

**Redaktion:**  
 Hugo Braun, Christine Buchholz, Lühr Henken,  
 Dieter Lachenmayer, Werner Ruf, Bärbel Schindler-  
 Saefkow, Horst Trapp, Ewald Ziegler,  
 V.i.S.d.P.: Karl-Heinz Peil

**Redaktionsanschrift:**  
 Friedens- und Zukunftswerkstatt e. V.  
 c/o Gewerkschaftshaus Frankfurt,  
 Wilhelm-Leuschner-Straße 69 –77,  
 60329 Frankfurt am Main,  
 Tel.: 0 69/24249950 - Fax: 0 69/24249951  
 e-Mail: [Frieden-und-Zukunft@gmx.de](mailto:Frieden-und-Zukunft@gmx.de)

**Kontoverbindung:**  
 Friedens- und Zukunftswerkstatt e. V.  
 Frankfurter Sparkasse  
 IBAN: DE20 5005 0201 0200 0813 90  
 BIC: HELADEF1822

Bitte bereits jetzt vormerken:

**24. bundesweiter  
 und internationaler  
 Friedensratschlag 2017**  
 in Kassel, Universität  
 Standort: Wilhelmshöher Allee 73  
**Sa./So. 2./3. Dezember 2017**

**Wohin steuert die deutsche Politik?**

Liebe Leserinnen und Leser,

derzeit erfolgt ein weitgehend inhaltsleerer Wahlkampf. Friedenspolitische Forderungen sind noch am ehesten bei den kleinen Parteien zu finden, die unter „Sonstige“ rangieren. Mit am wenigsten findet man das Friedenthema bei der SPD. An dieser Stelle soll deshalb daran erinnert werden, dass vor dreißig Jahren, am 27. August 1987, ein gemeinsames Dokument von SED und SPD mit dem Titel „Der Streit der Ideologien und die gemeinsame Sicherheit“ vorgestellt wurde. Einige Aussagen darin sind auch heute noch aktuell, wie z.B.: „Das Gebot der Stunde ist eine Wende in den internationalen Beziehungen, eine Politik der gemeinsamen Friedenssicherung, des Dialogs und der Abrüstung, des Kompromisses, des Ausgleichs der Interessen, der Kooperation und der Neubelebung des Entspannungsprozesses“.

Wir sollten gerade den Bundestagswahlkampf dazu nutzen, SPD-Kandidaten mit kritischen Fragen zu früheren SPD-Positionen zu konfrontieren, für die sich heute – angesichts der auch seitens der SPD betriebenen Konfrontation gegenüber Russland – niemand zu schämen braucht.

Seitens der CDU wird auf Wahlplakaten die Botschaft vermittelt: „Deutschland geht es gut“. Abgesehen davon, dass diese Aussage angesichts der zunehmenden sozialen Ungleichheit im Land infrage gestellt werden muss, ist zu thematisieren, dass die relativ gute wirtschaftliche Situation Deutschlands nicht nur auf Kosten anderer EU-Staaten, sondern auch zu Lasten von Flüchtlings-Herkunftsländern geht.

Am Anfang unseres Schwerpunktthemas zur Entwicklung der deutschen Politik steht eine Bilanz der Großen Koalition in Berlin. Unser Redaktionsmitglied Christine Buchholz hat als Mitglied im Verteidigungspolitischen Ausschuss des Bundestages einen guten Überblick und vermittelt diesen in ihrem Beitrag. Auch werden von ihr exemplarisch Alternativen benannt, die anstelle steigender Rüstungsausgaben gesellschaftlich dringend wären.

Ein Vorsatz der letzten vier Regierungsjahre der Koalition bestand darin,

die Rüstungsexporte einzuschränken. Dass das Gegenteil der Fall war, wird gleichfalls in ihrem Beitrag aufgezeigt. Wie sich diese Rüstungsexportpolitik konkret in Bezug auf einen der Hauptempfänger Saudi-Arabien auswirkt, wird in einem Beitrag des Online-Informationsdienstes German Foreign Policy aufgezeigt.

Doch der Krieg im Nahen Osten wird nicht nur durch Waffenexporte befeuert, sondern auch durch direkte und indirekte Unterstützung von Djihadisten in Syrien. Sofern von der Bundesregierung Gelder für humanitäre Hilfe bereitgestellt werden, fließt dieses in die Regionen, die von Djihadisten (bzw. als Rebellen bezeichnet) kontrolliert werden. Der wieder zunehmende Teil der syrischen Bevölkerung, der von diesen befreit ist, leidet hingegen unter dem EU-Embargo. Wir haben dazu Bernd Duschner einige Fragen gestellt, der sich um humanitäre Hilfe für zivile Projekte in Damaskus mit dem Verein „Freundschaft mit Valjevo“ bemüht. Dieser Verein geht auf humanitäre Hilfe nach dem Kosovo-Krieg zurück. Bernd Duschner verweist auf erschreckende Parallelen zur heutigen Situation mit Syrien. Sein Appell lautet, dass die Rolle von Sanktionen als Mittel der Kriegsführung in der Friedensbewegung Allgemeingut werden muss.

Wenn im derzeitigen, fast inhaltslosen Bundestagswahlkampf überhaupt ein Thema als prägnant identifiziert werden kann, dann ist es das Bekenntnis zur EU. Genau dieses gilt es aber kritisch zu hinterfragen. Im Beitrag von Jürgen Wagner werden die aktuellen Entwicklungen der EU-Militarisierung dargestellt, die im deutlichen Kontrast zu der positiven „Europa“-Darstellung im Bundestagswahlkampf stehen.

In Bezug auf notwendige Proteste (nach der Bundestagswahl) zu der anvisierten Aufstockung der Militärausgaben auf 2% des BIP gilt es in der Friedensbewegung zu überlegen, wie eine solche Kampagne am besten entwickelt werden kann, wozu der Beitrag von Karl-Heinz Peil einige Anstöße geben kann. Weiteres dazu wird sich auf einer Aktionskonferenz der Friedensbewegung am 8. Oktober in Essen ergeben.

Die Redaktion

## Vier Jahre Große Koalition: Aufrüstung und globale Intervention

von Christine Buchholz, MdB, Verteidigungspolitische Sprecherin der Bundestagsfraktion Die Linke

Friedenspolitisch sind vier Jahre Große Koalition vier Jahre der Negativrekorde. 2017 wurde der größte Militärhaushalt seit dem zweiten Weltkrieg beschlossen. In vier Jahren wurden sieben neue Bundeswehreinheiten beschlossen bzw. mandatiert, 2015 und 2016 wurden Rekordwerte bei den Rüstungsexporten erzielt.

Interessant: Kaum näherte sich die Regierungszeit der Großen Koalition ihrem Ende, da begann die SPD friedenspolitisch links zu blinken. Im vergangenen März bezeichnete der sozialdemokratische Außenminister Sigmar Gabriel die Anhebung der Militärausgaben auf 2 Prozent des Bruttoinlandsprodukts (BIP), wie es die Nato fordert, als „unrealistisch“. SPD-Kanzlerkandidat Martin Schulz bekräftigte dies und erklärte im Juni: „Ich unterwerfe mich keiner Aufrüstungsspirale à la Trump.“

Leider hielt die Abrüstungsrhetorik nicht lang vor. Nur zwei Wochen nach Schulz' Äußerung stimmte die SPD auf einer einzigen Sitzung des Verteidigungsausschusses über 20 Aufrüstungsvorhaben im Gesamtvolumen von über 11 Milliarden Euro zu. Darunter Kampf- und Schützenpanzer, Militärsatelliten, Lufttransporter, Kriegsschiffe und vieles mehr. Die Frage ist nicht, ob die Aufrüstungsziele der Nato unrealistisch sind, sondern die, welche Rüstungsprojekte die Sozialdemokraten konkret stoppen wollen, um die Aufrüstungsspirale zu beenden.

### Immer mehr Auslandseinsätze

Gabriel und Schulz wollen im Wahlkampf vergessen machen, dass die SPD als Teil der Großen Koalition vier Jahre lang den Aufrüstungskurs von Verteidigungsministerin Ursula von der Leyen konsequent mitgetragen, zuweilen sogar forciert hat. So war einer der Architekten der Resolution zur Bekräftigung des 2-Prozent-Zieles auf der Nato-Konferenz in Wales 2014 niemand anderes als der damalige sozialdemokratische Außenminister Frank-Walter Steinmeier. Zuvor hatte er auf der Münchener Sicherheitskonferenz unisono mit Verteidigungsministerin Ursula von der Leyen angekündigt, die vermeintli-

che militärische Zurückhaltung der Vorgängerregierung aufzugeben. So sagte Steinmeier im Februar 2014:

*[Deutschland] „muss bereit sein, sich außen- und sicherheitspolitisch früher, entschiedener und substanzieller einzubringen. [...] Deutschland ist zu groß, um Weltpolitik nur von der Außenlinie zu kommentieren.“*

Genau diese Orientierung drückt sich im Weißbuch aus, das die Bundesregierung 2016 herausgegeben hat.

An diesem Punkt waren und sind sich CDU/CSU und SPD einig. Und so ließen sie in den vergangenen vier Jahren auch kaum eine Gelegenheit verstreichen, um gemeinsam neue Auslandseinsätze der Bundeswehr zu beschließen, oder bestehende Einsätze auszuweiten. So befindet sich die deutsche Marine in drei Einsätzen im Mittelmeer, steht die Bundeswehr mit Kampfhubschraubern im Kriegsgebiet in Nord-Mali, unterstützt den US-geführten Bombenkrieg über Irak und Syrien. Ein Ende des Einsatzes in Afghanistan ist nicht in Sicht.

Seit 2014 kommen einsatzgleiche Entsendungen im Konflikt mit Russland hinzu. In Litauen hat die Bundeswehr die Führung eines 1000 Mann starken Bataillons übernommen. Die Bundesregierung beteiligt sich mit rund 1 Milliarde Euro am neuen Raketenabwehrschirm in Osteuropa. Deutschland hat die Führung beim Aufbau der superschnellen Eingreiftruppe der Nato Response Force übernommen.

### Bundeswehr-Aufrüstung

Voraussetzung für den deutschen Interventionismus ist die Aufrüstung der Bundeswehr. Systematisch gestreute Meldungen über geringen Personalstand und Pannen bei Großgeräten erzeugten während der abgelaufenen Wahlperiode den Eindruck, die Bundeswehr sei in der Vergangenheit „kaputt gespart“ worden. Das ist Unsinn. Doch so gelang es den beiden Fraktionen der Großen Koalition, den Verteidigungshaushalt von 2013 bis heute um knapp 13 Prozent von 32,8 Milliarden Euro auf 37 Milliarden Euro anzuheben, ohne dass in den Medien ein Aufschrei der Empörung zu vernehmen war. Im aktu-

ellen Finanzplan ist bis 2021 eine Steigerung auf 42,4 Milliarden vorgesehen.

2016 legte Verteidigungsministerin von der Leyen die „Agenda Rüstung“ auf, die 1600 Einzelmaßnahmen zur Modernisierung und Aufrüstung der Bundeswehr bis zum Jahr 2030 vorsieht. Geschätzte Investitionskosten: 130 Milliarden Euro – wohlgemerkt, über den laufenden Militärhaushalt hinaus. Von der SPD kam an diesem Punkt kein Widerstand. Stattdessen boxten im Haushaltsausschuss des Bundestages der CDU-Abgeordnete Eckhardt Rehberg und sein SPD-Kollege Johannes Kahrs in den Haushaltsberatungen Ende 2016 die Beschaffung von fünf Korvetten K 130 für die Marine durch, die in der „Agenda Rüstung“ nicht einmal vorgesehen waren. Gesamtkosten: 2,5 Milliarden Euro – noch.

Dies ist nur ein Beispiel von vielen. Sollte der Militärhaushalt tatsächlich bis 2025 auf 2 Prozent des BIP angehoben werden, dann liefe das auf eine reale Steigerung der Militärausgaben um rund 90 Prozent hinaus. Die Bundesrepublik würde in dem Fall zur stärksten Militärmacht innerhalb der EU aufsteigen und selbst den Haushalt der Atomkräfte Frankreich und Großbritannien in den Schatten stellen.

Eine Steigerung der Militärausgaben auf 2 Prozent ist keineswegs „unrealistisch“, wie Gabriel meint. Die Bundeswehr kann ohne Probleme durch Auflage immer neuer Rüstungsprojekte sehr schnell zusätzliche Mittel abfließen lassen. Die Frage, ob dies geschieht, ist einzig eine Frage der Kräfteverhältnisse – also, ob dies Ansinnen auf ausreichend Widerstand und öffentlichen Gegendruck trifft.

### Rüstungs- oder Sozialausgaben?

Tatsächlich gibt es reichlich Argumente, mit denen weite Teile der Bevölkerung für ein Stopp der Aufrüstungsspirale gewonnen werden können. Zunächst ein paar Rechenbeispiele:

Statt 3,6 Mrd. Euro für die Kriegsschiffe K 130 und zusätzliche Leopard-Kampfpanzer auszugeben, könnten die Zuschüsse für die soziale Wohnraumförderung auf 5 Mrd. Euro erhöht wer-



Foto: Christine Buchholz

den. So könnten bis zu 250.000 Sozialwohnungen im Jahr entstehen.

Mit 6 Milliarden Euro – also knapp 50 Prozent der Gesamtausgaben für den Militärtransporter A400M – könnten fünf Jahre lang rund 28.000 Fachkräfte für die Altenpflege zusätzlich finanziert werden, was den aktuellen Bedarf an Pflegekräften in dem Bereich decken würde.

Anstatt zusätzliche 33 Mrd. Euro für das 2-Prozent-Ziel der Nato bereitzustellen, könnten mit dieser Summe im ersten Jahr alle Schulen in Deutschland saniert, und in den folgenden Jahren dann kräftige Rentenerhöhungen finanziert werden.

### Afghanistan-Kriegsbeteiligung seit 15 Jahren

Neben den finanziellen Belastungen ist das wichtigste Argument gegen die Aufrüstung natürlich die Verwendung der Mittel. Seit der Wiedervereinigung wird die Bundeswehr in Auslandseinsätze entsandt. So befinden sich deutsche Soldaten seit über fünf-

zehn Jahren in Afghanistan an der Seite der US-Streitkräfte, ohne dass ein Ende des Krieges in Sicht wäre. Die Versprechen, mit denen die Bundeswehr einst an den Hindukusch geschickt wurden – Frieden, Demokratie, Entwicklung, Frauenrechte – sind vergessen.

US-Präsident Donald Trump kündigte vielmehr die neueste Aufstockung der US-Truppen in Afghanistan mit den Worten an:

*„Wir werden nicht wieder Staatsaufbau betreiben - wir werden Terroristen töten, [...] unsere Feinde angreifen, den IS auslöschen, Al-Kaida zerquetschen“.*

Der sozialdemokratische Außenpolitiker Niels Annen geißelte dies zu Recht als eine „kriegslüsterne“ Rede; SPD-Kanzlerkandidat Schulz warf Trump „Niedertracht“ vor.

Leider haben sie die Rechnung ohne den amtierenden sozialdemokratischen Außenminister Gabriel gemacht. Ein Sprecher seines Ministeriums bezeichnete Trumps Wende zur

verstärkten Militärintervention in Afghanistan als einen „Schritt in die richtige Richtung.“ Sein christdemokratischer Kollege Norbert Röttgen, Vorsitzender des Auswärtigen Ausschusses im Bundestag, zeigte sich sogar sehr angenehm überrascht: Erstmals habe Trump „eine kohärente, rationale, verantwortliche Strategie“ vorgelegt.

Diese Äußerungen verdeutlichen: Ohne eine starke friedenspolitische Opposition innerhalb und außerhalb des Parlamentes müssen wir mit der Fortsetzung eines Kurses rechnen, der an der Seite der USA auf mehr Auslandseinsätze, mehr Krieg, sowie die nachhaltige Aufrüstung der Bundeswehr setzt.

### Kampfdrohnenbeschaffung: Nur aufgeschoben

Aber war da nicht doch etwas? Scheiterte nicht wenigstens am Ende der abgelaufenen Wahlperiode die Beschaffung von Kampfdrohnen an der SPD?

Jein. Richtig ist: Die Sozialdemokraten taten sich reichlich schwer, mit einem Beschluss zur Beschaffung von Kampfdrohnen in den Wahlkampf zu gehen. Das ist Ermutigung für die Friedensbewegung: Der öffentliche Druck reicht bei diesem heiklen Thema offenbar aus, um die SPD ins Schwanken zu bringen. Doch aufgeschoben ist leider nicht aufgehoben.

Nach einem langen Hin und Her auf der letzten Sitzung des Verteidigungsausschuss am 28. Juni fand sich die SPD schließlich nicht dazu bereit, mit der Linksfraktion und den Grünen zusammen die Beschaffung abzulehnen. Der vorliegende Vertrag zum Betrieb israelischer Kampfdrohnen vom Typ Heron-TP wurde lediglich durch die Große Koalition von der Tagesordnung abgesetzt. Die Vorlage kann nach der Wahl wieder aufgesetzt werden.

Im Übrigen zeigte sich, dass die SPD hinsichtlich der Beschaffung von Kampfdrohnen mehr Bedenken bezüglich der Außenwirkung, als gegenüber der Technik selbst hat. Der verteidigungspolitische Sprecher der SPD, Rainer Arnold, erklärte 2014 im Bundestag:

*„Wenn sich die Welt so ändern sollte, dass wir einmal ein Mandat er-*

teilen müssen, das die Bundeswehr legitimiert, Bomben abzuwerfen und Raketen abzuschießen – niemand will das –, dann können bewaffnete Drohnen – das ist doch ganz klar – ein Segment zum Schutz der Soldaten sein. [...] Ich glaube, wir sollten der Bundeswehr die Dinge, die sie braucht, auch ermöglichen.“

Folglich hat die SPD auch die Haushaltstitel zum Leasing von Kampfdrohnen der Marke Heron-TP mit durchgestimmt, ebenso wie den Titel zur Vorbereitung der Entwicklung einer eigenen, europäischen Kampfdrohne. In der Schwebe hängt derzeit lediglich der konkrete Beschaffungsvertrag der Heron-TP mit dem israelischen Hersteller IAI. Nichtsdestotrotz gibt diese Hängepartie natürlich den Drohnengegnern die Zeit, die eigenen Reihen zu stärken und für einen endgültigen Verzicht Deutschlands auf diese Technologie zu kämpfen.



Foto: Heron TP, Quelle: IAI, Wikipedia

Eines der Versprechen, mit denen die SPD in die Große Koalition startete, war die Ankündigung einer restriktiven

Genehmigungspraxis bei Rüstungsexporten. Die Voraussetzungen dafür waren günstig, da die Verantwortung innerhalb der großen Koalition bei dem sozialdemokratisch geführten Wirtschaftsministerium lag.

### Rüstungsexporte: keine Kehrtwende

Die nachträgliche Berichterstattung über Exporte hat sich leicht verbessert. Ansonsten blieb leider alles beim Alten. Gemessen an ihrem Wert stiegen die deutschen Rüstungsexporte weiter. Schwarz-Gelb unter Merkel-Westerwelle genehmigte zwischen 2009 und 2012 pro Jahr Rüstungsexporte im Umfang von durchschnittlich 8,14 Milliarden Euro – damals bereits ein neuer Rekordwert. Doch unter Wirtschaftsminister Gabriel steigerte sich die Summe weiter, 2015 auf 12,82 Milliarden Euro. Seitdem ging der Wert leicht zurück, liegt aber immer noch deutlich über jenem der Vorgängerregierung.

Die deutschen Rüstungsexportgrundsätze sind nach wie vor nicht dazu geeignet, Exporte einzuschränken. Nur rund 0,5 % der von Unternehmen getätigten Anfragen werden negativ beschieden. Zu den Empfängern deutscher Rüstungsgüter gehörten in den letzten Jahren Staaten

wie die Vereinigte Arabischen Emirate und Saudi-Arabien, die Krieg im Jemen führen und eine Hungerblockade gegen das Land verhängt haben. Trotzdem haben sie zum Beispiel bewaffnete Patrouillenboote erhalten, die geeignet sind, um jemenitische Häfen von der Außenwelt abzuschneiden.

### Fazit

Vier Jahre Große Koalition bedeuteten eine beschleunigte Aufrüstung, eine deutliche Ausweitung von Auslandseinsätzen und ein „Weiter so“ bezüglich der Rüstungsexporte. Eine Kursänderung ist nicht in Sicht.

Doch es gibt auch Hoffnung. Nicht nur die Verschiebung der Aufrüstung mit Kampfdrohnen zeigt, dass Druck von unten wirkt. Friedensaktivisten konnten 2016 durch die Verbreitung von Fotos dokumentieren, wie Kinder am „Tag der Bundeswehr“ Gewehre in die Hand bekamen und konterkarierten dadurch wirksam die Jubelpropaganda der Ministerin in den Medien. Mehrere Demonstrationen, etwa am Standort Büchel gegen die dort lagernden Atomwaffen, haben Tausende angezogen. Die Ausfuhr von Kleinwaffen konnte dank der Kampagne „Aktion Aufschrei – stoppt den Waffenhandel“ deutlich reduziert werden. In Zukunft wird es darauf ankommen, verschiedene Formen des Widerstands zu stärken und zu verbreitern.

## Antwort auf Linken-Anfrage: Bundeswehreinsätze im Ausland kosteten 21 Milliarden Euro

*108 Soldaten starben, die Kosten belaufen sich auf 21 Milliarden Euro: Das Engagement der Bundeswehr im Ausland hat seinen Preis. Die Linke übt deshalb scharfe Kritik.*

Die Auslandseinsätze der Bundeswehr haben laut Verteidigungsministerium seit 1992 knapp 21 Milliarden Euro gekostet. Seit 1991 waren rund 410.000 Soldaten in 52 internationalen Einsätzen, wie aus einer Antwort der Bundesregierung auf eine Anfrage der Linken-Fraktion hervorgeht. 108 Soldatinnen und Soldaten kamen in diesem Zeitraum ums Leben.

„Die Auslandseinsätze der Bundeswehr kosten nicht nur ein Vermögen, viele Soldaten haben sie mit ihrem Leben bezahlt. Dies ist besonders bitter, da im Regelfall durch militärische Einsätze kein Konflikt gelöst wird“, sagte die stellvertretende Vorsitzende der Linken-Fraktion, Sabine Zimmermann, zu dem Bericht.

Die Bundeswehr müsse wieder auf ihr Gründungsziel einer Verteidigungsarmee zurückgeführt und aus allen Auslandseinsätzen zurückgezogen werden. „Rüstungsexporte müssen verboten werden.“

Von den Bundeswehrsoldaten, die seit 1993 in Auslandseinsätzen starben, kamen 37 bei Anschlägen oder in Gefechten ums Leben, wie das Ministerium anlässlich des Todes von zwei Soldaten Ende Juli im Einsatz in Mali mitgeteilt hatte. Wie viele Menschen insgesamt in den Ländern der Auslandseinsätze der Bundeswehr im Rahmen der Kampfhandlungen während der Einsätze starben, ist der Bundesregierung laut der Antwort auf die Anfrage nicht bekannt.

Die Kosten der Auslandseinsätze sind seit Jahren höher als gedacht. Das Verteidigungsministerium musste die Kosten für die Auslandseinsätze über zehn Jahre hinweg immer nach oben korrigieren – oft um mehrere Hundert Millionen Euro. Mit Abstand am teuersten war bislang die Beteiligung an der Isaf-Mission in Afghanistan. Sie verschlang binnen 13 Jahren fast neun Milliarden Euro.

Quelle: [www.spiegel.de](http://www.spiegel.de) / 26.08.2017

# Deutsche Waffen in das Kriegsgebiet Saudi-Arabien

Redaktion German Foreign Policy

## Saudi-Arabien: Repression nach innen

Saudi-Arabien, ein bedeutender Kunde deutscher Waffenfirmen, schlägt Unruhen seiner schiitischen Minderheit militärisch nieder. Die saudischen Streitkräfte, die kürzlich in der schiitischen Ortschaft Al Awamiya zahlreiche Regimegegner getötet haben, verfügen über beträchtliche Mengen an deutschen Schusswaffen, darunter Sturmgewehre und Maschinenpistolen. Ersatzteile und Munition werden regelmäßig aus der Bundesrepublik nachgeliefert. Auch die Streitkräfte Bahrains, die die schiitische Bevölkerungsmehrheit des Landes mit Gewalt niederhalten, besitzen Schusswaffen aus deutscher Produktion.



Foto: Saudi-Soldat mit G3-Gewehr, Quelle: Wikipedia

Die Unterdrückung der schiitischen Bevölkerungsteile in den Golfstaaten beruht in hohem Maß auf dem Bestreben, jeglichen Einfluss des schiitischen Rivalen Iran niederzuhalten - ein Ziel, das auch von Berlin verfolgt worden ist. Auch Riads Krieg gegen den Je-

men, für den die saudischen Streitkräfte ebenfalls auf deutsche Waffen zurückgreifen können, richtet sich gegen iranische Einflussmöglichkeiten. Wie die jüngsten schiitischen Unruhen in Saudi-Arabien zeigen, droht der Konflikt die Arabische Halbinsel immer stärker zu entzweien.

## Diskriminierung und Repression

Hintergrund der Kämpfe im Osten Saudi-Arabiens ist die Diskriminierung, der die schiitische Minderheit des Landes ausgesetzt ist; sie umfasst rund zehn Prozent der saudischen Bevölkerung von insgesamt gut 32 Millionen Menschen. Die Unterdrückung wird einerseits religiös legitimiert: In der saudischen Staatsreligion, dem wahhabitischen Islam, gelten Schiiten als Ungläubige; sie werden nicht nur vom Staat, sondern auch von der sunnitischen Mehrheit diskriminiert. Vom Reichtum des Landes profitieren sie kaum; zudem bleibt ihnen politische Teilhabe vorenthalten. Hinzu kommt andererseits, dass die schiitische Minderheit dem saudischen Regime als potenzielles Einfallstor für iranische Einflussnahme gilt; mit der Zuspitzung der saudisch-iranischen Rivalität in den vergangenen Jahren hat Riad den Druck auf sie weiter verstärkt.

Auch in Europa Schlagzeilen gemacht hat die Hinrichtung des populären schiitischen Klerikers Nimr al Nimr am 2. Januar 2016. Al Nimr hatte zur Zeit der arabischen Revolten Anfang 2011 Proteste der schiitischen Minderheit angeführt und die vollen Bürgerrechte für sie gefordert; dafür war er festgenommen, als "Terrorist" verurteilt und exekutiert worden. Seine Hinrichtung löste einen Proteststurm in der schiitischen Welt aus.

## Sturmgewehre, Maschinenpistolen und Munition

Gegner und Kritiker des Regimes in Riad weisen darauf hin, dass die saudischen Streitkräfte bei ihren Ope-

rationen in Al Awamiya westliche Waffen nutzten. In Kanada ist eine Diskussion um den sofortigen Stopp der Rüstungsexporte nach Saudi-Arabien entbrannt, weil Fotos und Videos vom Schauplatz der Kämpfe zeigen, dass die Armee in Al Awamiya gepanzerte Fahrzeuge vom Typ Gurkha verwendete; das Modell wird von der kanadischen Firma Terradyne hergestellt. Bisher noch nicht bekannt ist, ob bei der Niederschlagung des schiitischen Widerstands auch deutsches Kriegsgeschütz zum Einsatz kam. Die saudischen Streitkräfte haben aus der Bundesrepublik unter anderem Sturmgewehre der Modelle HK33, G3 und G36 sowie Maschinenpistolen MP5 erhalten; sie verfügen zudem über deutsche Überwachungsdrohnen vom Typ Luna X 2000.

Im Jahr 2011 genehmigte die Bundesregierung, während schiitische Proteste im Osten des Landes unterdrückt wurden, die Lieferung von über 1.200 Maschinenpistolen und mehr als 4.200 Gewehren an Saudi-Arabien; im Jahr 2013 folgte unter anderem eine Genehmigung für die Lieferung von über 18.000 Gewehren. Munition und Ersatzteile für Schusswaffen werden ausweislich der offiziellen Berliner Rüstungsexportberichte bis heute regelmäßig nach Saudi-Arabien verkauft. Lange Jahre durften saudische Rüstungsfirmen sogar die Sturmgewehre G3 und G36 in Lizenz produzieren.

## Unruhen in Bahrain

Ähnliches gilt auch für Bahrain. Der kleine Inselstaat, der vor der saudischen Ostküste unweit des Siedlungsgebiets der schiitischen Minderheit Saudi-Arabiens liegt, weist seinerseits eine schiitische Bevölkerungsmehrheit auf, die vom sunnitischen Herrscherclan der Al Khalifa brutal unterdrückt wird. Auch in Bahrain wurde in der Zeit der arabischen Revolten im Jahr 2011 ein Aufruhr der Schiiten blutig niedergeschlagen; auch weiterhin kommt es zu Unruhen und zu brutaler Repression. Schwere Menschenrechtsverletzungen an schiitischen Oppositionellen sind an der Tagesordnung. Die Kämp-

fe in Al Awamiya sind umso bedrohlicher, als die schiitischen Bevölkerungsteile Saudi-Arabiens und Bahrains enge Beziehungen zueinander unterhalten.

Ebenso wie die saudische Armee können sich auch die bahrainischen Streitkräfte bei der Niederschlagung schiitischer Unruhen auf deutsche Waffen stützen: Sie verfügen ebenfalls über Sturmgewehre G3 und Maschinenpistolen MP5; noch 2010 genehmigte die Bundesregierung die Lieferung von 100 Gewehren und 50 Maschinenpistolen in das Königreich. Abgesehen davon wird Bahrain im Ernstfall - wie im Jahr 2011 - ohnehin von den saudischen Streitkräften unterstützt.

### Krieg im Jemen

Droht das saudische Vorgehen gegen Iran und dessen angebliche schiitische Parteigänger in Nah- und Mittelost inzwischen auch in Saudi-Arabien selbst zu immer härteren bewaffneten Kämpfen zu führen, so hat es den Jemen, Riads südlichen Nachbarstaat, längst in den Abgrund gestürzt. Dort kämpft eine saudisch geführte Koalition gegen Huthi-Rebellen, die auch nach zwei Jahren saudischer Luftangriffe große Teile des Landes, darunter die Hauptstadt Sanaa, kontrollieren. Riad bekämpft sie, weil es ihnen - als Schiiten - eine besondere Nähe zu Iran unterstellt. Die saudische Kriegführung wird wegen ihrer Brutalität international scharf kritisiert.

Wie kürzlich bekannt wurde, schließen sich die Vereinten Nationen in einem aktuellen, bislang geheimgehaltenen Bericht der Kritik an. Demnach haben die Luftangriffe der saudischen Koalition nicht nur zahlreiche Krankenhäuser zerstört, sondern auch mindestens 349 Kinder getötet. Die saudische Seeblockade, die auch Nahrungsmittel und Medikamente betrifft, hat im Jemen zu einer schweren Hungersnot und zur schlimmsten Choleraepidemie weltweit geführt.

Wie der UN-Bericht hervorhebt, erweist sich das Chaos, in das Saudi-Arabien den Jemen mit seinen Angriffen gestürzt hat, als Nährboden für die Terrororganisationen Al Qaida und IS, die nach Überzeugung der UN-Experten inzwischen "Terroranschläge gegen Ziele im Westen" zu planen beginnen. Für seinen Krieg gegen den Jemen

kann Riad - ganz wie für die Niederschlagung schiitischer Unruhen im Landesinnern - auf deutsche Waffen zurückgreifen: Unter anderem verfügt es über Eurofighter und Tornado-Kampfbomber aus auch deutscher Produktion. Zudem erhält es deutsche Küstenwachtschiffe, die zur Durchsetzung der Hungerblockade beitragen können. Die jüngsten zwei einer größeren Lieferung wurden im Juli aus Deutschland ausgeschifft.

### Patrouillenboote: Der 1,5-Milliarden-Euro-Deal

Seit November letzten Jahres sind bereits fünf Patrouillenboote aus deutscher Produktion an Saudi-Arabien ausgeliefert worden. laut unbestätigten Berichten sollen noch dieses Jahr zehn weitere nach Saudi-Arabien ausgeschifft werden. Sie sind Teil eines Geschäfts, das auf insgesamt 1,5 Milliarden Euro beziffert wird und bei dem die Bremer Lürssen-Werft als Hauptauftragnehmer fungiert. Nach Angaben in Fachmedien hat Lürssen in den Bau der über 100 von Riad bestellten Boote auch französische (Kership, Couach), italienische (Fincantieri) und spanische (Freire, Rodman) Marinefirmen eingebunden. Empfänger ist - neben der saudischen Küstenwache - auch die saudische Marine.

### Nur Makulatur: „Keine deutsche Waffen mehr“?

Die Auslieferung der Patrouillenboote zeigt, dass Medienberichte von Ende April Makulatur sind, denen zufolge Saudi-Arabien "keine deutschen Waffen mehr kaufen" wolle. In diesem Sinne waren Äußerungen des saudischen Vize-Wirtschaftsministers Mohammed al Tuwajiri interpretiert worden, der gesagt hatte, Riad wolle "der deutschen Regierung keine Probleme mehr bereiten mit immer neuen Wünschen nach Waffen". Tatsächlich wird weiter geliefert; auch genehmigt die Bundesregierung neue Exporte. So hat der Bundes-

sicherheitsrat kurz vor der Ausschiffung der beiden Lürssen-Patrouillenboote nicht nur diese, sondern auch die Lieferung von 110 Lastkraftwagen sowie von "militärischen Werkzeugen und Ausrüstung" mit einem Wert von 8,9 Millionen Euro erlaubt.

### Granaten für Riad

Hinzu kommt, dass deutsche Rüstungsfirmen Saudi-Arabien auch über auswärtige Standorte beliefern. So sind die zu einem guten Teil in Deutschland produzierten 72 Eurofighter, die Saudi-Arabien auch im Krieg im Jemen einsetzt, rein formell von dem britischen Mithersteller BAE Systems an Riad verkauft worden. Zudem hat etwa die Düsseldorfer Waffenschmiede Rheinmetall

Foto: Eurofighter der Bundeswehr, Quelle: Krasimir Grozev, CC BY-SA 3.0



über ihren italienischen Ableger Rheinmetall Italia sowie ihre italienische Tochterfirma RWM Italia in den Jahren 2014 und 2015 Rüstungsprodukte im Wert von 71,5 Millionen Euro an Riad verkauft. All dies ist in den deutschen Rüstungsexportberichten nie aufgetaucht.

Dasselbe gilt für eine Munitionsfabrik, die im vergangenen Jahr in Al Kharj südöstlich von Riad eröffnet wurde. Das 240 Millionen US-Dollar teure Werk ist unter Einbindung des südafrikanischen Munitionsproduzenten Rheinmetall Denel Munition (RDM) errichtet worden, an dem Rheinmetall mit 51 Prozent die Mehrheit hält. Die Abfüllanlage in Al Kharj basiert auf einer Lizenz der RDM, die sich zudem als Zulieferer betätigt. "Pulver, Hülsen und Zünder werden von RDM bezogen und dann in Saudi-Arabien abgefüllt", heißt es in einem Bericht: "Pro Tag können so 300 Artilleriegranaten oder 600 Mörsergranaten produziert werden."

# Abschiebungen: Stimmungsmache mit fragwürdigen Zahlen

von Bernd Mesovic, Pro Asyl e.V., Frankfurt a.M.



Foto: Barbara Walzer (Flickr)

Wenn die "nationale Kraftanstrengung" zu mehr Abschiebungen scheitert, dann rufen Medien zu mehr Härte auf. Mit den Fakten hat dies nur sehr begrenzt zu tun.

Politiker hätten ihr Versprechen gebrochen, mehr Abschiebungen durchzuführen, so die BILD-Zeitung. Die WELT mit dem Duktus des untergehenden Abendlandes: "Die Kultur der Duldung zermürbt unser Land." Der Vorwurf in einer Reihe von Medien dieser Tage: Es gebe insgesamt zu wenige Abschiebungen, trotz gegenteiliger Ansagen. Die Mehrheit der Ausreisepflichtigen würde nicht abgeschoben und geduldet.

Das ist nicht ganz falsch, aber viele der Behauptungen basieren auf unzulänglichen Statistiken. Es handelt sich hierbei um die wiederholte Auflage der Propaganda vom Vollzugsdefizit. Schaut man sich die Zahlen und Fakten genauer an, ist die Sachlage komplexer und einige Aussagen liegen völlig neben der Sache.

## Nur ein kleiner Teil ohne Duldung

Zum Stichtag 30. Juni 2017 waren 226.457 Personen ausreisepflichtig, von diesen waren 159.678 Inhaber einer Duldung. Als ausreisepflichtig gelten nämlich auch durchaus Personen, die nicht abgeschoben werden dürfen. Teilweise liegen rechtliche Abschie-

bungshindernisse vor, teils ist zwingend - in vielen Fällen nicht nur kurzfristig - zu dulden.

## Nicht jeder Ausreisepflichtige kam als Flüchtling

Die Annahme, dass alle Ausreisepflichtigen auch Asylsuchende waren, ist falsch, denn ein "Flüchtlingsthema" ist das Thema der Ausreisepflichtigen nur in weniger als der Hälfte aller Fälle. Die folgenden Fakten stammen aus der Beantwortung einer Kleinen Anfrage der Links-Fraktion im Bundestag zu unklaren Daten des Ausländerzentralregisters (AZR) zu Ausreisepflichtigen und bezieht sich auf die damals greifbaren Zahlen zum Ende des ersten Quartals 2017.

Demnach waren nur 103.397 der (damals 220.052) ausreisepflichtigen Personen (47%) abgelehnte Asylbewerber\*innen. Betrachtet man nur diese Zahl, hatten auch davon mehr als 75.000 eine Duldung.

Schaut man sich die kumulierten Zahlen der ablehnenden Asylentscheidungen der letzten Jahre an, so kommt man von 2014 bis zum Ende des ersten Quartals 2017 auf mehr als 410.000 Asylablehnungen. Tatsächlich ausreisepflichtig sind von den Betroffenen jedoch nur die oben genannten gut 100.000 Asylsuchenden, die jedoch eben zu etwa drei Vierteln geduldet sind.

## Duldungen haben gute Gründe

Das Vorliegen von Duldungsgründen wird rechtlich überprüft. Die große Mehrzahl der Duldungen entsteht aus Rechtsgründen, nicht aus laxem Behördenhandeln. Von einer "Kultur der Duldung" zu sprechen, die unser Land zermürbe, ist deshalb eine gewaltige und unverantwortliche Übertreibung. Die allerdings wurde durch Prognosen etwa der Beratungsfirma McKinsey befeuert, die - ordentlich alimentiert vom Bundesamt - prognostiziert hatte, es werde Ende 2017 knapp eine halbe Million Ausreisepflichtige geben.

## Nicht verzeichnete Ausreisen

Ganz ohne Duldung waren lediglich 66.779 Personen im Lande - wovon, wie bereits dargelegt, nicht alle als Asylbewerber\*innen kamen. Doch sind sie überhaupt noch hier? Ein Großteil der Ausreisen erfolgt ohne Meldung bei den Behörden. Die Betroffenen kehren möglicherweise "freiwillig", aber ohne staatliche Förderung (dann wären sie ja erfasst) in ihr Herkunftsland zurück oder ziehen in andere Staaten weiter.

## Warum es weniger freiwillige Ausreisen gibt

Und warum sind die Zahlen der freiwilligen Ausreisen zurückgegangen, wie einige Medien weiter beklagen? Die entsprechenden Programme und die damit verbundene Förderung ist größtenteils von Menschen aus den Staaten des westlichen Balkans in Anspruch genommen worden, die im Asylverfahren extrem geringe Chancen hatten, da ihre Länder als "sichere Herkunftsstaaten" eingestuft wurden. Viele zogen die geförderte freiwillige Rückkehr einer schnellen Abschiebung vor.

Zeitweilig nahmen auch afghanische Staatsangehörige aus den unterschiedlichsten Gründen heraus das Angebot der Förderung der freiwilligen Rückkehr an. Mit der weiteren Verschlechterung der Sicherheitslage in Afghanistan war mit einem Rückgang zu rechnen.

## Weniger Anträge = weniger Abschiebungen in Balkanstaaten

Schaut man sich nun noch die Zielstaaten von Abschiebungen auf dem Luftweg an (der Großteil der Abschiebungen erfolgt auf diese Weise), dann stellt man fest, dass sich die größten Herkunftsländer von Asylsuchenden dort nicht oder nur weit hinten finden. Ein Großteil der Asylsuchenden kommt aus Kriegs- und Krisenstaaten, wie z.B. Syrien, dem Irak und Afghanistan, wohin Abschiebungen unmöglich oder unvertretbar sind. Nur die Staaten des westlichen Balkans, bei denen seit einiger Zeit die Zahl der Asylsuchenden zurückgeht, finden sich ganz vorne auf der Liste.

### AZR: Fundgrube von Unklarheiten

Im Übrigen ist schon die Zahl der Ausreisepflichtigen an sich anzuzweifeln: Für die aktuelle Propaganda des Vollzugsdefizits werden ganz überwiegend die Zahlen des Ausländerzentralregisters herangezogen. Dieses aber ist eine Fundgrube von Unklarheiten, Erfassungsproblemen und interpretationsbedürftigen Begriffen, wie aus der Bundestagsdrucksache 18/12725 hervorgeht:

Die Bundesregierung hat eine vierstellige Zahl von unplausiblen AZR-Einträgen eingeräumt. Zu Personen, die bereits während laufender Asylverfahren Deutschland möglicherweise wieder verlassen haben, hatte die Bundesregierung keine validen Angaben anzubieten. Die Bundesregierung hatte zugegeben, dass nicht offiziell registrierte Ausreisen zu statistisch überhöhten Zahlen zu den angeblich noch in Deutschland lebenden Ausreisepflichtigen führen müssen.

### Regierung kann Zahlen nicht erklären

Eine Vielzahl von Speichersachverhalten konnte die Bundesregierung gar nicht erklären. Von mehr als 50.000 Ausreisepflichtigen, die über keine Duldung verfügten, hatten über 17.000 bereits seit drei Monaten keine Duldung mehr, was rechtlich schwer vorstellbar ist und ebenfalls darauf deutet, dass ein Teil von ihnen ohne Registrierung im AZR bereits ausgereist ist.

### Reform des AZR angekündigt

Das AZR ist aus vielen Gründen eine statistische Wundertüte, dessen Rohdaten nicht geeignet sind, die Propaganda vom Vollzugsdefizit ohne dif-



Foto: Afghanistan-Demo am 7.1.2017 in Frankfurt a.M., Quelle: Protestfotografie Frankfurt / Flickr

ferenzierte Interpretation zu untermauern. Die Bundesregierung hat aus den erkennbaren Missständen die Konsequenz gezogen, über ein Netzwerk von bundesweiten Ansprechpartnern in Sachen Datenqualität zu einer bewussteren, qualitativ hochwertigen und zeitnahen Erfassung der Sachstände im AZR kommen zu wollen, so die o.a. Bundestags-Drucksache.

Diese Verbesserung dürfte in der kurzen seit der Ankündigung vergangenen Zeit wohl kaum umgesetzt worden sein. Damit ist das AZR immer noch ein denkbar schlechter Kronzeuge für angeblich versäumte Abschiebungen.

## Militäreinsatz gegen Flüchtlinge ist Bruch von Völker- und Menschenrechten

Pressemitteilung von Pro Asyl vom 17.8.2017

*PRO ASYL fordert eine eindeutige, umgehende Positionierung der Bundeskanzlerin und des Außenministers gegen eine schleichende Gewöhnung an Rechtsbrüche*

Die Menschenrechtsorganisation PRO ASYL ist entsetzt über den Bruch von Völker- und Menschenrechten durch EU-Mitgliedsstaaten. »Der heute bekannt gewordene Einsatz von Kampftruppen Bulgariens an der Grenze zur Türkei ist unglaublich. Es ist ein glatter Bruch des EU-Vertrages«, reagiert PRO ASYL-Geschäftsführer Günter Burkhardt. Im Artikel 2 des Vertrags der Europäischen Union heißt es: »Die Werte, auf die sich die Union gründet, sind die Achtung der Menschenwürde, Freiheit, Demokratie, Gleichheit, Rechtsstaatlichkeit und die Wahrung der Menschenrechte ...«

Damit erlebt Europa innerhalb einer Woche den nächsten Bruch von Völker- und Menschenrechten. Der Beschluss Italiens, Militärboote nach Libyen zu senden ist ebenso wenig zu rechtfertigen wie die Zusammenarbeit von Italien, Deutschland und anderen EU-Staaten mit der libyschen Einheitsregierung und deren Küstenwache. Deutschland bildet die Küstenwache Libyens aus. Die EU hat Libyen 220 Millionen Euro zugesagt, davon 46 Millionen für die Finanzierung der Küstenwache, obwohl Schutzsuchende in Libyen

schwersten Menschenrechtsverletzungen ausgesetzt werden.

Währenddessen fordert aktuell der Verteidigungsminister Bulgariens Karakatschanow Truppen der NATO oder EU in Italien und Griechenland einzusetzen, um die Außengrenzen der Europäischen Union notfalls mit Waffengewalt zu verteidigen.

PRO ASYL kritisiert den schleichenden Gewöhnungseffekt der europäischen Öffentlichkeit an Rechtsbrüche und fordert eine eindeutige, umgehende Positionierung der Bundeskanzlerin und des Außenministers. Dazu gehört unter anderem auch die Aufkündigung der Zusammenarbeit mit Libyen.

Die gegenwärtige Politik der EU-Mitgliedsstaaten zum Zweck der Flüchtlingsabwehr zerstört die menschenrechtlichen Grundlagen. Die EU hat sich dazu verpflichtet, Flüchtlingen Schutz zu gewähren. Nun wird mit Militäreinsatz oder der Aufrüstung dubioser Regimes systematisch Schutzsuchenden der Zugang zum individuellen Recht auf Asyl in der EU verwehrt.

Es ist erschütternd, dass in der öffentlichen Diskussion über die Ausrichtung der deutschen und europäischen Politik die Frage der Achtung von Menschenrechten gegenwärtig keine Rolle spielt. »Es geht um die Grundlagen unserer Gesellschaft: die Menschenrechte«, so Burkhardt.

## Hilfe für die syrische Zivilbevölkerung gegen das EU-Embargo

Interview mit Bernd Duschner, Vorsitzender des Vereins Freundschaft mit Valjevo e.V., Pfaffenhofen

*FJ: Namensgeber Ihres Vereins ist die serbische Stadt Valjevo, die 1999 während des Kosovo-Krieges von der NATO bombardiert wurde. Wie kam es zu der Vereinsgründung?*

Unser Verein ist entstanden aus dem Entsetzen über die deutsche Beteiligung am völkerrechtswidrigen Angriffskrieg gegen Jugoslawien. Am Anfang stand ein öffentlicher Friedensaufruf, zu dessen Unterzeichnung wir Bürgermeister und Stadträte aus allen Fraktionen unseres Stadtrates gewinnen konnten. Unser Ziel war es, eine Brücke zwischen unserer oberbayrischen Stadt Pfaffenhofen und den Bürgern der stark bombardierten serbischen Stadt Valjevo zu bauen. Wir wollten ein Beispiel geben und der von den Medien aufgepeitschten Stimmung gegen die serbische Bevölkerung entgegenwirken. sich gegen den Krieg zu stellen und für Aufhebung der Sanktionen gegen Jugoslawien einzusetzen.

Selbst die „Lieferung von Technologie und Gerät zur Wiederherstellung oder Reparatur von durch die Luftesätze beschädigten Material“, also z.B. für Brücken, Eisenbahnliesen, Strom- und Heizkraftwerken, die die Nato mit ihren Luftangriffe zerstört hatte, waren damals explizit verboten. Bereits am 4. Oktober 1999 konnten wir mit unserem ersten großen Sattelzug mit Hilfsgütern und einem Bus mit 30 Personen nach Valjevo aufbrechen.

*Derzeit sammeln Sie Spenden für das "Italienische Krankenhaus" in Damaskus. Welche Parallelen gibt es hierbei?*

Wir unterstützen die syrische Bevölkerung in ähnlicher Weise. Dabei verbinden wir unsere humanitäre Hilfe stets mit Informationen über Ursachen der dortigen Not, insbesondere über die Sanktionen der Bundesregierung und der EU.

Das alte Jugoslawien war wie das heutige Syrien ein säkularer Staat, in dem unterschiedliche Volksgruppen und Religionsgemeinschaften zusammenlebten. Wie 1999 verfolgen die Nato-Staaten in Syrien das Ziel, die dortige Regierung zu stürzen und die-

sen Staat zu zerlegen. Dazu versuchen sie einen Keil zwischen den verschiedenen ethnischen und religiösen Gruppen zu treiben, schüren und heizen Konflikte an. Ein zentrales Instrument dafür sind umfassende Wirtschafts- und Finanzsanktionen. Sie sollen die Wirtschaft und Versorgung der Bevölkerung lahmlegen und die betroffenen Völker zum Aufstand gegen die eigene Regierung, in die Selbstzerfleischung treiben. Sobald sich Regionen von der Zentralregierung lösen, werden für sie wie damals in Jugoslawien die Sanktionen aufgehoben. Dazu kommt die Unterstützung von Terrorgruppen mit Geldern, Waffen, Technologie, Militärberatern und Aufklärungsdaten, damals für die UCK, heute sind es in Syrien ISIS und Al Nusra sowie separatistische Kräfte. Weil die USA und ihre Verbündeten mit verdeckter Kriegsführung und „Hilfstruppen“ allein nicht zum Ziel kamen, setzten sie 1999 ohne Rücksicht auf das Völkerrecht ihre eigenen Luftstreitkräfte und Spezialkräfte ein.

Das gleiche wiederholt sich heute im Norden und Osten Syriens. Es ist eine Tragödie, dass die nationalistische Führung der syrischen Kurden in Rojava den USA und ihren Nato-Partnern die dauerhafte Einrichtung von Militärstützpunkten in den von ihnen kontrollierten Teilen Syrien ermöglicht und ihnen ihre eigenen Truppen als Kanonenfutter für die Eroberung und Abtrennung der wasser- und ölfreien östlichen Teilen Syriens zur Verfügung stellt. Man kann sicher UCK und die kurdische YPK nicht gleichsetzen, sie werden jedoch ähnlich benutzt. Die Abtrennung von Serbien hat der Bevölkerung des Kosovo nicht Selbstbestimmung und Wohlstand gebracht. Der Kosovo ist heute ein völlig verarmtes Protektorat, dessen Kontrolle sich die USA mit ihrem Militärstützpunkt Camp Bondsteel sichern.

Syrien ist eine multiethnische Gesellschaft und multiethnisch ist auch der Norden Syriens. In keiner Stadt in der von den USA gewollten sogenannten „Föderation Nordsyrien - Rojava“ wohnen auch nur annähernd so viele

Kurden wie in Damaskus oder Aleppo. Die von der Führung in Rojava forcierte Abspaltung der „Föderation“ und die Erstürmung arabischer Städte wie Rakka im Auftrag der USA durch Einheiten der kurdischen YPK, die dabei von brutalsten Bombardements der „Internationalen Koalition“ unterstützt werden, kann das Verhältnis zwischen Kurden und Arabern im ganzen Syrien nur schwer vergiften. Längerfristig droht eine Abspaltung in ethnische Säuberungen, wie wir sie im Kosovo gesehen haben, zu münden. Wir können nur dringend davon abraten.

*FJ: Welche Wirkungen haben die Wirtschafts- und Finanzsanktionen der EU gegen Syrien nach Ihren persönlichen Eindrücken?*

Die seit 2011 bestehenden Sanktionen der Bundesregierung und der EU haben die Wirtschaft Syriens weitgehend zum Erliegen gebracht. Viele Fabriken mussten geschlossen werden, weil notwendige Rohstoffe, Ersatzteile und Maschinen nicht mehr zu besorgen sind. Die Preise sind explodiert, insbesondere für Treibstoff und Heizöl, aber auch für Lebensmittel. Strom gibt es nur stundenweise. Die syrische Bevölkerung ist folglich völlig verarmt. Verstärkt werden die Auswirkungen der Sanktionen der EU durch Anschläge der Terrorgruppen, die sich bevorzugt gegen wichtige Versorgungseinrichtungen richten.

Die Verelendung, Verzweiflung und Not der Bevölkerung hat „ideale“ Bedingungen für die Rekrutierung der Terrorgruppen wie ISIS und Al-Nusra geschaffen, die dank der Golfstaaten gut bezahlen können. Die Not durch die Sanktionen lässt zudem jede Form der Kriminalität gedeihen, angefangen vom Schmuggel über Rauschgifthandel, Erpressung, Raub und Menschenhandel.

*FJ: Können Sie exemplarisch benennen was Sie mit den gesammelten Spendengeldern aus Deutschland vor Ort erreicht haben?*

Wir haben verschiedene Spendenaktionen durchgeführt. Dabei ging es zum einen darum, schwerkranken Kin-

dem aus Syrien in Operation in deutschen Krankenhäusern zu ermöglichen. Das waren beispielsweise ein herzkrankes kurdisches Kleinkind aus Hasaka und ein Jugendlicher einer syrisch-palästinensischer Familie aus Damaskus, der an einem Weichteiltumor in der rechten Kniekehle litt. Ferner haben wir Geld gesammelt, mit dem das Italienische Krankenhaus in Damaskus mehrere medizinische Kleingeräte kaufen und seine Wasserwiederaufbereitungsanlage für die Dialyse erneuern konnte. Mit unserer aktuellen Spendensammlung finanzieren wir Kurse für 40 Mütter in Damaskus. Sie sollen zu Schneiderinnen ausgebildet werden. Die Kurse unter Leitung von Schwester Carolin Tahhan konnten vor mittlerweile 6 Wochen beginnen. Zum Abschluss der Ausbildung wird jede der Teilnehmerinnen eine eigene Nähmaschine als Existenzgrundlage erhalten. Das Geld für den Kauf dieser Maschinen sammeln wir derzeit.

*FJ: Was haben Sie mit der Aufklärung über Ihre Aktivitäten bisher in Deutschland erreicht? Inwieweit sind*

*diese bisher nach Ihrem Eindruck in der Friedensbewegung angekommen?*

Sanktionen dienen der Kriegsvorbereitung. Sie wirken bildlich gesprochen wie das Gift einer Schlange, die ihr Opfer lähmt, bevor sie es tötet und verschlingt. Man kann sich die Wirkung der Sanktionen gegen Syrien gut vorstellen, wenn man überlegt, was er für uns bedeuten würde, wenn die Konten der Bundesrepublik und ihrer Firmen im Ausland „eingefroren“, jeder Geldverkehr mit dem Ausland unterbunden und unsere wichtigsten Handelspartner abrupt jeden Handelsverkehr mit uns einstellen würden. Im Fall Syrien sind die umfassenden Finanz- und Wirtschaftssanktionen das wichtigste Instrument, mit dem Bundesregierung und die EU seit 2011 Krieg gegen Syrien und das syrische Volk führen. Ihre Aufhebung wäre ein entscheidender Schritt, um eine Befriedung in Syrien zu erleichtern und ist

eine unerlässliche Voraussetzung für den wirtschaftlichen Wiederaufbau.

Wir müssen deshalb die Forderung nach ihrer Aufhebung in den Mittelpunkt rücken. Ohne Zweifel ist noch viel Aufklärung nötig, damit die Erkenntnis über die Rolle von Sanktionen als Mittel der Kriegsführung in der Friedensbewegung Allgemeingut wird.



Foto: Kursteilnehmerinnen in Damaskus, Quelle: Carolin Tahhan

*Spenden werden erbeten auf das Konto des gemeinnützigen Vereins „Freundschaft mit Valjevo.“ bei der Sparkasse Pfaffenhofen, IBAN: DE06 7215 1650 008 0119 91, Stichwort „Hilfe für Mütter in Damaskus“.*

## Rüstung, Klima, Dumpingpreise: Europa exportiert Fluchtgründe

*Aus einer Broschüre von: Brot für Welt – Evangelischer Entwicklungsdienst, medico International, PRO ASYL (siehe auch den Hinweis auf Seite 15 dieser Ausgabe)*

Die Flüchtlings- und Migrationspolitik Europas darf nicht länger in Kauf nehmen, dass jährlich Tausende Menschen an den Grenzen sterben. Die Lebensrettung, der Schutz von Flüchtlingen und die Wahrung ihrer Menschenwürde müssen an erster Stelle stehen. Statt die Abwehr auszudehnen und Menschen in Lager zu stecken, müssen legale und gefahrenfreie Wege nach Europa eröffnet werden. Der Zugang Schutzsuchender zu einem fairen Asylverfahren in Europa muss ausnahmslos sichergestellt und das individuelle Recht auf Asyl uneingeschränkt gewährleistet sein.

Der EU-Türkei-Deal und die Zusammenarbeit mit Unrechtsregimen zur „Migrationskontrolle“ sind sofort zu beenden. Vielmehr sollten diejenigen Akteure, die sich in Transit- und Herkunftsstaaten für Menschenrechte und Migrant\_innen engagieren, unterstützt werden. Zivilgesellschaftliche Organisationen sind in ihrer Rolle des kritischen Monitorings der Auswirkungen europäischer Migrationspolitik zu stärken.

Entwicklungshilfe darf nicht als Zahlungsmittel für Hilfsdienste eines ausgelagerten Grenzschutzes missbraucht werden. Statt Kooperationsbereitschaft bei der Migrationskontrolle zu erzwingen, sind entwicklungsfördernde Aspekte der Migration zu unterstützen.

Investitionen müssen einem nachhaltigen, rechtsbasierten Entwicklungsverständnis dienen. Auch die Agrar-, Handels-, Klima- und Rüstungspolitiken vor allem im globalen Norden sind so zu gestalten, dass sie den Schutz der ökologischen und ökonomischen Lebensgrundlagen respektieren und nicht zu ihrer weiteren Zerstörung beitragen.

Gelder der Entwicklungshilfe dürfen nicht der Absicherung von Risiken europäischer Firmen dienen. Statt über Investitionsprogramme neue Märkte für internationale Kapitalanleger\_innen zu erschließen, muss es darum gehen, strukturelle Ungleichheit und Armut zu überwinden.

Partnerschaftskonzepte dürfen nicht ohne Beteiligung derjenigen entstehen, mit denen sie umgesetzt werden sollen. Sonst sind sie Ausdruck eines paternalistischen Entwicklungsverständnisses, das einem respektvollen Partnerschaftsverständnis entgegensteht.

Die Wechselwirkungen von entwicklungspolitischen Maßnahmen mit anderen Politikfeldern müssen besser verstanden werden.

Es braucht einen grundlegenden Perspektiv- und Politikwechsel hin zu einer menschenrechtsbasierten Flüchtlings- und Migrationspolitik. Von Fluchtursachen und deren Beseitigung zu sprechen, heißt in erster Linie, die Verantwortung Europas in den Blick zu nehmen und hier anzusetzen. Wir treten ein für das Recht zu bleiben, für das Recht zu gehen und für das Recht auf Asyl.

## EU-Rüstungshaushalt contra EU-Vertrag

von Jürgen Wagner – Informationsstelle Militarisierung e.V., Tübingen

Anfang Juni 2017 legte die EU-Kommission ein „Reflexionspapier“ mit diversen Militarisierungsszenarien vor und ließ dabei keine Zweifel daran aufkommen, dass ihre Präferenz auf der diesbezüglich ambitioniertesten Option liegt.

Parallel dazu veröffentlichte die Kommission ebenfalls die Einrichtung des Europäischen Verteidigungsfonds. Schon in der Rede zur Lage der Union von Kommissionpräsident Juncker im September 2016 wurde die Absicht angekündigt, erstmals einen EU-Rüstungshaushalt, Verteidigungsfonds genannt, einrichten zu wollen. Das Ganze wurde zwischenzeitlich im Verteidigungs-Aktionsplan der EU-Kommission vom November 2016 präzisiert.

### Rüstungsausgaben gegen gültigen EU-Vertrag

Wie schon im Verteidigungs-Aktionsplan erstmals vorgeschlagen, soll der Fonds auch weiterhin ab 2021 aus einem Rüstungsforschungshaushalt von 500 Mio. Euro und einem Beschaffungshaushalt von 5. Mrd. Euro bestehen. Neu ist nun, dass erstmals die genauen Beträge, die hierfür von der EU-Kommission stammen sollen, genannt werden.

Dies ist insofern relevant, weil es Artikel 41(2) des EU-Vertrages – so war zumindest bislang eigentlich dessen Auslegung – verbietet, EU-Haushaltsgelder in den Rüstungssektor zu pumpen. Das wird nun aber ignoriert, nachdem mit Großbritannien nach dem Brexit-Referendum der bisher größte und mächtigste Gegner eines EU-Rüstungshaushaltes inzwischen mehr oder weniger aus dem Spiel ist.

Jedenfalls präzisierte die Kommission nun, dass aus dem EU-Haushalt die vollen 500 Mio. Euro für die Rüstungsforschung und eine Milliarde für den Beschaffungshaushalt stammen sollen, den Rest sollen die Mitgliedsstaaten beisteuern. Da der nächste mehrjährige Finanzplan die Jahre 2021 bis 2027 umfassen wird, sprechen wir hier über insgesamt 38,5 Mrd. Euro – bei der Rüstungsindustrie dürften angesichts dieser Summe die Sektorkorken knallen!

### Zeitplan mit beschleunigter Militarisierung

Neu in der Einrichtung des Europäischen Verteidigungsfonds ist auch, dass der Start des Rüstungsfonds faktisch nach vorne verlegt wird: Ein „European Defence Industrial Development Programme“ für Rüstungsforschung und Beschaffung soll bereits 2019 und 2020 aufgelegt werden und insgesamt 2,59 Mrd. umfassen. Für die Aufsetzung dieses Fonds, legte die Kommission auch gleich noch einen Vorschlag für eine Verordnung vor, die nach Eigenaussage mit höchster Priorität behandelt und noch im Jahr 2018 von Rat und EU-Parlament verabschiedet werden soll. Wie EU-Kommissionchef Jean-Claude Juncker, der schon seit Jahren für einen massiven Ausbau des EU-Militärapparates trommelt, in seiner Rede auf der „Defence and Security Conference“ am 9. Juni 2017 in Prag sagte:

*„In den letzten Jahrzehnten gab es kein überzeugenderes Bündel sicherheitspolitischer Herausforderungen, wirtschaftlicher Realitäten und politischer Argumente, die weitreichendere Schritte im Bereich der europäischen*

*Verteidigung gerechtfertigt hätten. [...] Die Zeit läuft, wie lange wir in einem nur halb gebauten Haus leben können.“*

### EU auf dem Weg zur Zweit-NATO

Zumindest er selber und seine Kommission scheinen es damit tatsächlich ernst zu meinen, denn anders lässt sich die Penetranz, mit der von dieser Seite auf „Fortschritte“ in Richtung einer weiteren Militarisierung der Europäischen Union gedrängt wird, kaum erklären. Bereits absehbar ist jedenfalls, dass sich das EU-Parlament mit großer Mehrheit hinter die Militarisierungspläne der Kommission werfen wird.

Fraglich ist allenfalls, ob nicht dem ein oder anderen Mitgliedsland der großangelegte Einstieg der Kommission in Rüstungsfragen, die eigentlich im EU-Gefüge Sache der Staaten und damit nationale Angelegenheiten sind, zu weit gehen könnte. Zumal in Kombination mit den Militarisierungsszenarien im „Reflexionspapier“, wo die Kommission für eine umfassende Verteidigungsunion eintritt, die faktisch eine Art Zweit-NATO darstellen würde, in der große Teile der nationalen Militärpolitik an Brüssel abgetreten würde.

Hiergegen gibt es aus unterschiedlichen Gründen starke Vorbehalte bei vielen Mitgliedsländern. Allerdings ist davon auszugehen, dass sich Kommission und Staaten zumindest auf einen Rüstungsfonds als – etwas – kleineren gemeinsamen Nenner werden einigen können, denn dafür gibt es in jedem Land zu viele Profiteure an einem solchen Vorhaben in Politik, Militär und Industrie.

### Weltmacht EU

Das »Reflexionspapier«, das die EU-Kommission [...] vorgelegt hat, skizziert drei Szenarien für die künftige EU-Militärpolitik. Abrüstung ist nicht vorgesehen. Das Szenario mit der niedrigsten Eskalationsstufe besteht in einer Fortschreibung des Status quo, also im allmählichen Ausbau der Streitkräftekooperation bei gleichzeitiger Weiterführung von Militärinterventionen auf dem Niveau der aktuellen Einsätze etwa im Mittelmeer, am Horn von Afrika und in Mali.

Ein zweites Szenario sieht eine stärkere Ausweitung der militärischen Zusammenarbeit vor; ausgebaut werden sollen vor allem die Cyberkriegsfähigkeiten und die Kooperation mit der NATO. Das dritte Szenario nimmt eine weitgehende Verschmelzung der EU-Rüstungsindustrie, eine deutlich engere Streitkräftekooperation sowie die Fähigkeit zu EU-Kampfeinsätzen jeglicher Eskalationsstufe in den Blick. Genannt werden exemplarisch »Marineoperationen in feindlicher Umgebung«. [...] Eine Entscheidung auf EU-Ebene soll spätestens nach der Bundestagswahl fallen.

Quelle: Jörg Kronauer / Junge Welt, 8.6.2017

## Kampagnen: Nicht punktuell, sondern als Kristallisationspunkte

von Karl-Heinz Peil, Friedens- und Zukunftswerkstatt e.V., Frankfurt a.M.

Der Psychologe und Kognitionsforscher Prof. Dr. Rainer Mausfeld beschäftigt sich bei seiner viel beachteten Vortragsreihe „Wie werden Meinungen und Demokratie gesteuert?“ (Video-Mitschnitte im Internet über YouTube abrufbar) auch mit der Frage, welche Themen in der öffentlichen Wahrnehmung präsent sind und welche hingegen nicht. Als prägnantes Beispiel dafür führt er die sogenannten Partnerschaftsabkommen (EPA) der EU mit afrikanischen Ländern an, die er als ökonomische Diktate der EU bezeichnet, als legalisierte Form eines Neokolonialismus.

Das offensichtliche Desinteresse bzw. die nicht vorhandene mediale Wahrnehmung dieser Thematik stellt er der öffentlichen Resonanz im Kampf gegen das „Freihandelsabkommen“ TTIP gegenüber. Bei diesem Thema war ja das Stichwort „Chlorhühnchen“ ein Aufhänger, der hierzulande bei vielen Menschen Betroffenheit ausgelöst hatte. EPA's betreffen uns aber nicht und sind deshalb für uns kein Thema, so seine Aussage.

TTIP und EPA's haben aber auch für Kampagnen eine sehr unterschiedliche Relevanz. Bei dem massiven Widerstand gegen TTIP (und CETA) spielte der damit verbundene Demokratieabbau und weniger die Chlorhühnchenfrage die zentrale Rolle, wie vor allem auch durch die Kampagnenorganisation Campact vermittelt werden konnte.

### Campact: Bei Großdemos immer mit dabei

Die deutsche Kampagnenorganisation Campact genießt einen guten Ruf, vor allem durch ihre Rolle im Kampf gegen TTIP/CETA. Ein Blick in den Campact-Transparenzbericht 2016 (herausgegeben im August 2017) zeigt die Bandbreite der initiierten bzw. unterstützten Kampagnen sowie die Vielzahl der zivilgesellschaftlichen Kooperationspartner, die größtenteils aus dem Umweltbereich stammen.

Bestand im letzten Jahr eine fragwürdige Aktivität von Campact noch darin, bei den von Ihnen (mit)organisierten Großdemos gegen vermeintli-

chen oder tatsächlichen Antiamerikanismus vorzugehen, folgt Campact inzwischen dem Paradigmenwechsel: „Alle gegen Trump“. So hieß es in einer Campact-Rundmail vor dem G20-Gipfel:

*[W]ie dramatisch wirkt sich Donald Trumps Ausstieg aus dem Pariser Klimaabkommen aus? [...] Kurz bevor Trump, Putin, Erdogan und Co. einfliegen, gehen wir am Sonntag, den 2. Juli, mit Zehntausenden in Hamburg auf die Straße.*

Solche Feindbildprojektionen haben mit dazu beigetragen, dass bei den Gegenaktionen zum G20-Gipfel – die mit dem Gegengipfel-Kongress und der Großdemo am 9.7.2017 unter starker Beteiligung der Friedensbewegung erfolgte – auch Spaltungstendenzen eingebracht wurden. Im Umfeld der Friedensbewegung wurden kritische Stimmen laut, dass bei den G20-Protesten sehr unterschiedliche Staaten über einen Kamm geschert würden. Diesen Vorwurf kann man zwar gegen Teile der Akteure wie u.a. Campact erheben, die Aufrufe aus der Friedensbewegung zu den G20-Gegenaktionen waren hingegen inhaltlich differenziert und für die Aktionsausrichtung gut begründet. Platte und personalisierte Feindbildprojektionen waren darin nicht enthalten.

### Hitliste mit Themen zur Bundestagswahl

Zur Bundestagswahl 2017 erfolgt von Campact eine umfangreiche Kampagne, wozu es auf deren Homepage heißt:

*In bundesweit 1.200 Diskussionsrunden haben Bürgerinnen und Bürger in den vergangenen Monaten Ideen gegen den Stillstand entwickelt. 75.000 Menschen haben über ihre Ergebnisse online abgestimmt. Aus den 10 Forderungen, die am häufigsten genannt wurden, ist dieser Kompass für progressive Politik entstanden. Er gibt die Richtung für sozialen, ökologischen und demokratischen Fortschritt vor.*

Diese 10 Forderungen wurden nach einer vorausgegangenen Abstimmung zusammen gestellt, wo sich eine dokumentierte Reihenfolge von insgesamt 60 Punkten bzw. Forderungen an eine künftige Bundesregierung ergab. Hierbei landeten die Ablehnung von unfairen Freihandelsabkommen (CETA, TTIP, JEFTA), die Bekämpfung des Lobbyismus und der Ausbau erneuerbarer Energien auf den ersten drei Plätzen.

Explizit friedenspolitische Forderungen finden sich dabei nur an fünf Positionen: Keine US-Atomwaffen in Deutschland (Nr. 30), keine Waffenexporte außerhalb der EU (Nr. 40), keine Erhöhung der deutschen Rüstungsausgaben (Nr. 48), keine Kriegseinsätze der Bundeswehr (Nr. 49) und Waffenproduktion in Deutschland einschränken (Nr. 53).



Foto: Transparent bei den Protesten gegen den G20-Gipfel, Quelle: marx21.de

Drei weitere Punkte aus der Liste müssen hier noch genannt werden, mit denen sich auch ein indirekter Bezug zu den (natürlich) hier nicht genannten EPA's ergibt:

Nr. 59 in der Liste ist "Den deutschen Export-Überschuss reduzieren."

Hierzu sollte man wissen, dass Deutschland auch bei Agrarprodukten Export-Überschüsse erzielt. Ein passendes Beispiel sind Hähnchen-Schenkel aus industrieller Massentierhaltung, die - dank EPA's - nach Westafrika exportiert werden, wo die dortige Lebensmittelproduktion damit nicht mehr konkurrenzfähig ist. Eine Konsequenz dar-

aus sind "Wirtschaftsflüchtlinge", wozu (kommentarlos) auf Nr. 18 der Campact-Liste verwiesen werden muss: "Mit gezielter Entwicklungshilfe Fluchtursachen bekämpfen."

Tatsächlich führt die EU-Handelspolitik zur wirtschaftlichen und politischen Destabilisierung dieser Länder, was jedoch nicht in das Weltbild von Campact passt, wie man aus einer derzeit laufenden Pro-EU-Kampagne ersehen kann, in der es u.a. heißt:

*Der Kurs der Bundesregierung gefällt uns manchmal nicht und deshalb setzen wir uns für eine sozialere und ökologischere Politik ein. Genauso ist es mit der EU: Einige Entscheidungen finden wir falsch, deshalb machen wir dagegen mobil, wie beispielsweise die in unseren Augen ungerechte Handelspolitik, die von allen Regierungen der Mitgliedstaaten mitgetragen wurde. [...] Aber es bringt mehr, sich gegen einzelne falsche Politiken zu engagieren, als die gesamte EU als neoliberal abzutun.*

Passend dazu muss die Nr. 39 der Campact-Hitliste genannt werden: „Die EU-Integration vertiefen, z.B. durch eine gemeinsame Sicherheitspolitik.“

### **Avaaz: Negativbeispiel aus den USA**

Die 2007 in den USA gegründete und dort als gemeinnützig anerkannte, global agierende Organisation Avaaz ist im wesentlichen auf Online-Aktivitäten ausgerichtet. Zu den Hunderten von Kampagnen, die bisher von AVAAZ schwerpunktmäßig mit Forderungen aus dem Themengebieten Ökologie und Menschenrechten durchgeführt wurden, zählen auch solche aus dem Jahr 2011 für eine „Flugverbotszone“ in Libyen und wiederholte Kampagnen zu Syrien in 2012 und 2016 („Flugverbotszone“ über Aleppo). Im November 2016 versuchte übrigens auch Campact, eine Kampagne gegen Russland wegen Aleppo zu initiieren.

Frühere Analysen haben aufgezeigt, dass Avaaz eindeutig ein Projekt von US-Eliten darstellt (siehe Friedensjournal Nr. 2/2012).

### **Ist Campact zu trauen?**

Unter dieser Fragestellung erfolgte durch die Macher der Website Nachdenkseiten im Oktober 2016 eine Um-

frage, die fast 50 Leserzuschriften lieferte, welche von der Redaktion in einer 27-Seiten-Dokumentation zusammen gestellt wurden, einschließlich einer vorangestellten Kommentierung der Redaktion, in der es heißt:

*Grundtenor der Zuschriften ist, dass die Leser den Eindruck bestätigen, Campact sei nicht zu trauen. Die Äußerungen reichen dabei von Bauchgefühlen, die durch unsere Erkenntnisse bestätigt wurden, über eindrucksvolle Beispiele des von Campact an den Tag gelegten Verhaltens bis zu interessanten Hinweisen auf hintergründige finanzielle und personelle Zusammenhänge. [...]*

*Deutlich erkennbar ist, dass Campact die erkennbare Strategie gegen die kleine aufkeimende Friedensbewegung mitmacht und stützt – einschließlich der dafür strategisch eingesetzten Querfrontvorwürfe.*

*Dass wir über Hintergründe und seltsame Eigenheiten von Campact informieren, bedeutet nicht, dass wir nicht anerkennen, dass es dort auch sehr sinnvolle Aktionen gab und vermutlich auch noch gibt, und wir wollen selbstverständlich niemanden überreden, dabei nicht mehr mitzumachen.*

Internet-(basierende) Kampagnen, wie sie vor allem von Campact betrieben werden, sollten wegen der großen Reichweite mit eigenen Aktivitäten mit oftmals geringer Resonanz verglichen werden. Doch diese zahlenmäßige Reichweite ist nicht alles. Im Einzelfall lässt sich sicher darüber streiten, ob eine Unterschrift per Mausklick zur Entwicklung sozialer Bewegungen beiträgt oder für diese eher eine Dämpfung weiterer Eigenaktivitäten bewirken – im Sinne eines modernen Ablasshandels.

### **Professionelle Kampagnenorganisation anstatt eigener Ressourcen?**

Ein prinzipieller Einwand gegen Organisationen wie Campact (und Avaaz) muss gegen einen Aspekt vorgebracht werden, der auf dem ersten Blick unverdächtig erscheint: Kampagnen werden professionell organisiert. Hierbei sollte bedacht werden, dass es Teil der neoliberalen Ideologie ist, in Wirtschaftsunternehmen möglichst viele Dienstleistungen per Outsourcing an spezialisierte Unternehmen zu verge-

ben. Diese seit Jahrzehnten erfolgende Entwicklung haben zwischenzeitlich viele Firmen auch wegen des damit verbundenen Verlusts an eigenem know-how schmerzhaft bereut.

Für zivilgesellschaftliche Aktivitäten wie der Friedensbewegung ist es aber von entscheidender Bedeutung, dass jede Kampagne auch mit politischen und organisatorischen Lernprozessen verbunden ist, die zu inhaltlichen Weiterentwicklungen führen. Erfahrene FriedensaktivistInnen sind natürlich notwendig – wohlgermerkt in den eigenen Reihen.

Eine standardisierte Vorgehensweise, die sich (überwiegend) auf Online-Unterschriftensammlungen stützt, ist sicherlich wichtig, darf jedoch nicht mit der eigentlichen, individuell zu entwickelnden Kampagne und der dazu notwendigen Kreativität für unterschiedliche Aktionsformen verwechselt werden.

Dieses soll beispielhaft anhand laufender Kampagnen der Friedensbewegung dargestellt werden.

### **Ramstein-Kampagne: Keine Ein-Punkt-Bewegung**

Die Ramstein-Kampagne steht nur mit Blick auf die Überschrift für ein Einzelthema: „Stopp Air Base Ramstein: Keinen Drohnenkrieg“. Eine Kampagne gegen den (US-)Drohnenkrieg gab es bereits 2013 vor der Ramstein-Kampagne, die sich im Juli 2015 mit einem bundesweiten Aufruf etablierte. Die Schubkraft, die hingegen mit der Ramstein-Kampagne entfaltet wurde, resultiert daraus, dass es hier eben nicht bei einem punktuellen Protest geblieben ist, sondern weitere Anknüpfungspunkte schrittweise entwickelt werden konnten. So wurde im letzten Jahre die Debatte um die Konversion einer militärisch geprägten Region mit fast 50.000 US-Bürgern in eigenen Veranstaltungen geführt. Bei den diesjährigen Aktionstagen kommen zwei weitere Anknüpfungspunkte hinzu: Für die Teilnehmer des mehrtägigen Camps in Ramstein wird eine Exkursion nach Büchel für eine Mahnwache gegen die dort gelagerten Atomwaffen organisiert. Eingebettet ist auch ein internationaler Kongress gegen Militärbasen, von dem einige Impuls für die

internationale Vernetzung der Friedensbewegung ausgehen werden.

Ein weiteres Thema für die Ramstein-Kampagne ist die geplante Kampfdrohnen-Beschaffung für die Bundeswehr. Wenngleich diese in der zurück liegenden Legislaturperiode des Bundestages am Widerstand der SPD gescheitert ist, steht diese nach wie vor auf der Agenda. Last not least geht es auch um die Air Base Ramstein als Standort des NATO-AirCom und der dortigen Einsatzzentrale des US-Raketenabwehrsystems, das gegen Russland in Stellung gebracht wird.

Die Ramstein-Kampagne steht deshalb für eine große inhaltliche Breite, basierend auf dem Stichwort Kampfdrohnen als Kristallisationspunkt.

### Aktion Aufschrei: Rüstungsexporte produzieren Flüchtlinge

Während die Ramstein-Kampagne von Einzelpersonen aus der Friedensbewegung getragen wird, hat die bereits im Mai 2011 vorgestellte Kampagne „Aktion Aufschrei – Stoppt den Waffenhandel“ einen sehr breit gestreuten Trägerkreis bestehend aus Nichtregierungsorganisationen. Ging es hierbei anfangs schwerpunktmäßig noch um den Kleinwaffenexport, vor allem durch das Unternehmen Heckler & Koch, so rückt hier in der letzten Zeit zunehmend der Zusammenhang mit den Fluchtbewegungen in den Vordergrund, welche durch Waffenempfänger außerhalb von EU und NATO-Staaten verursacht werden. Ebenso wird das Thema Rüstungskonversion stark betont.

Ein für 2018 geplanter deutschlandweiter Staffellauf gegen Rüstungsexporte und für friedliche Konfliktlösungen soll auch Menschen außerhalb der Friedensbewegung erreichen, wie z.B. Sportverbände und Kultureinrichtungen.

Als (erfolglose) Einzelaktion gegen Rüstungsexporte sei an dieser Stelle auf eine mittlerweile abgeschlossene Campact-Kampagne verwiesen, von der es auf deren Homepage heißt:

*Über 280.000 Menschen haben mit ihrer Unterschrift gefordert: Keine Panzer für Erdogan! Wir alle fordern: Rheinmetall muss seine Pläne für den*

*Bau einer Panzerfabrik in der Türkei stoppen. Denn der Konzern plant in der Türkei eine Panzerfabrik, um von dort die türkische Armee und Konfliktherde in der Region ohne deutsche Exportkontrollen zu beliefern.*

### Aufklärung über Fluchtursachenverursacher

Tauglich für eine größere Aufklärungskampagne ist die kürzlich veröffentlichte Broschüre von medico international, Brot für die Welt und Pro Asyl zur neuen Grenzschutz- und Migrationspolitik der EU. Unter der Überschrift: „Europa ist Exportweltmeister“ heißt es:

*Die Europäische Union und die Bundesregierung behaupten, Fluchtursachen zu bekämpfen. Was sie darunter verstehen: Sie paktieren mit autoritären Regimen und rüsten den Grenzschutz in Afrika auf, um Migration zu unterbinden.*

*Was sie nicht tun: Die eigene Politik verändern, die weltweit Fluchtgründe schafft – durch Rüstungsexporte, Freihandel oder Klimazerstörung.*

schiedener Generationen dar, was auch heute zu beachten ist, angesichts von Debatten der letzten Jahre über „alte“ und „neue“ Friedensbewegung.

Diese als „Ein-Punkt-Bewegung“ angelegte Kampagne führte nicht nur zu Großdemonstrationen mit Hunderttausenden Menschen und Millionen Unterschriften unter dem zentralen Aufruf, sondern auch zu vielfältigsten Aktionsformen und der Gründung zahlreicher berufsbezogener Initiativen, die teilweise auch heute noch präsent sind.

Einerseits kann heute durch die Inflationierung von Einzelthemen als Einzelkampagne mit ausschließlicher Hilfe der sozialen Medien eine politische Wirksamkeit nur begrenzt hergestellt werden. Zustimmungen per Mausclick sind wichtig, aber längst nicht alles.

Andererseits können durch Weiterentwicklung von friedenspolitischen Kampagnen, die Einzelthemen als Kristallisationspunkte verwenden, Lernprozesse durch das Aufzeigen von politischen Zusammenhängen gefördert sowie neue und kreative Aktionsformen



### Historie: nicht übertragbar aber lehrreich

Die letzte große Aufklärungs- und Druckkampagne der Friedensbewegung startete vor mittlerweile bereits 37 Jahren mit dem Krefelder Appell gegen die Stationierung von US-Atomraketen auf deutschem Boden. Wenngleich diese Kampagne aufgrund der anderen Zeitumstände nicht wiederholbar ist, sind einige Aspekte hieraus durchaus lehrreich für heute (siehe Horst Trapp und Reiner Braun in Friedensjournal Nr. 6/2010). Der Krefelder Appell hatte eine beispiellose politische Breite und stellte auch ein Zusammenwirken ver-

angestoßen werden. Dieses motiviert nicht nur zum Mitmachen, sondern gewährleistet auch basisdemokratische und transparente Strukturen.

Organisationen wie Campact, die mit ihrer Ausrichtung auf Einzelthemen vor allem im Umweltbereich ein hohes Ansehen genießen, sind hingegen für die Wahrnehmung friedenspolitischer Zusammenhänge, wie z.B. bei der EU-Politik, eher problematisch.

Zu entwickelnde Themen, wie eine notwendige Aufklärungskampagne zur geplanten Steigerung der deutschen Militärausgaben auf 2% des BIP, sollten in diesem Kontext gesehen werden.

## Alle Deutschen gegen Trump!?

Faktencheck: *Trump und die Deutschen*, von Erhard Crome, Verlag Das Neue Berlin,

ISBN 978-3-360-01329-3, 160 Seiten, 12,99 €

„Während bisher in den USA eine Politikerkaste im Auftrag des maßgeblichen, global orientierten Teils der herrschenden Kapitaleigner waltete, hat jetzt ein Flügel der herrschenden Klasse selbst und direkt die Macht übernommen, um den Kurs des Landes zu verändern. Ob sie damit durchkommen, wird sich in den Auseinandersetzungen der nächsten Jahre entscheiden.“

So viel Übereinstimmung war nie und sollte stutzig machen. [...]

Auch wenn manche Journalisten inzwischen über „Trump-Versteher“ höhnen, wie es etliche der Zunft seit Jahren mit „Putin-Verstehern“ gemacht haben, und ignorante, dumme Eiferer den Analytiker als „Trump-Sympathisanten“ zu denunzieren bemüht sind, ist es dringend vonnöten zu erfassen, was in den USA derzeit vorgeht.

te bisheriger Analysen unverhüllt im politischen Diskurs, d.h. „America first“ ist prinzipiell nichts Neues.

Am Beispiel der für Einreisebeschränkungen für Muslime im Frühjahr d.J. zeigt der Autor auf, dass die (berechtigte) Empörung hierüber auf beiden Seiten des Atlantiks verlogen ist. In einem kleinen Exkurs wird dazu die Geschichte der US-Einwanderungspolitik aufgezeigt und vom Autor darauf hingewiesen, dass diese nie gradlinig war, sondern offene Grenzen für Migranten seit Gründung der USA als Legende anzusehen sind.

Die inneren Widersprüche der USA mit Gewinnern und Verlierern der Globalisierung werden von Trump zwar offen thematisiert, allerdings – wie bei einem Rechtspopulisten nicht anders zu erwarten – ohne die Nennung der wirklichen Ursachen und tatsächlich möglicher Lösungen.

Vor allem Trumps Nennung der dominanten Rolle Deutschlands in der EU bzw. der deutschen Exportüberschüsse hat zu heftigen Gegenreaktionen geführt. Dabei wird ein globaler Führungsanspruch Deutschlands als Konsequenz von Trumps Politik angemeldet, der jedoch bereits seit einigen Jahren relativ offen angemeldet ist. Deshalb geht es hierbei auch nicht unbedingt um eine Neu-Justierung der deutsch-amerikanischen Beziehungen, was Erhard Crome auch aus geschichtlicher Perspektive begründen kann, was er als Resümee wie folgt zusammen fasst:

*Das deutsch-amerikanische Verhältnis ist ein gleichsam symbiotisches von Konflikt und Zusammenarbeit.*

Zusammenfassend kann man zu dem Buch sagen: Die komplexe Analyse der inneren und weltpolitischen Situation der USA sowie die Entwicklung der deutsch-amerikanischen Beziehungen werden von Erhard Crome nicht nur sehr kompakt dargestellt, sondern durch die Bezüge zur Trump-Politik auch sehr anschaulich vermittelt. Aufgrund dieser verdienstvollen Leistung des Autors ist die Lektüre unbedingt zu empfehlen.

Karl-Heinz Peil

Erhard Crome

### FAKTENCHECK: TRUMP UND DIE DEUTSCHEN

Das Neue Berlin

(Aus dem Klappentext des Buches)

Die Person Trumps und die von ihm zu erwartende Politik waren von Anfang an Gegenstand von unterschiedlichen Sichtweisen, vor allem auch innerhalb der Friedensbewegung. So stieß auch der Beitrag von Erhard Crome auf dem letzten bundesweiten Friedensratschlag nicht nur auf Zustimmung (siehe dazu auch FJ Nr. 1/2017).

In seinem jetzt veröffentlichten Buch geht es weniger um Trump selbst, sondern um das Verständnis einer gegen ihn gerichteten Kampagne in einer bisher politisch noch nie dagewesenen Brandbreite – vor allem auch in den deutschen Medien. Dazu schreibt der Autor:

Der Autor analysiert dazu die historische Lage der USA, die von einer Verschiebung zu einer multipolaren Welt gekennzeichnet ist (siehe dazu auch FJ Nr. 4/2017 – insbesondere den Beitrag von André Leisewitz). Die seit den 90er Jahren unter Präsident Bill Clinton erfolgte Globalisierung hat das Land tiefgreifend verändert, die Wirtschaftskraft geschwächt und die Gesellschaft deformiert. Die den USA entstandenen Vorteile kommen hingegen der großen Bevölkerungsmehrheit nicht zugute, sondern haben die Kluft zwischen Arm und Reich immer weiter auseinander getrieben.

Wichtiger Teil dieser Analyse ist aber auch - worauf der Autor explizit hinweist – dass die USA nach wie vor nicht nur militärisch, sondern auch wirtschaftlich als imperiale Führungsmacht zu sehen sind, wie z.B. ein Blick auf die Liste der weltweit 500 größten, weltweiten Konzerne zeigt.

Prinzipiell beinhaltet diese Analyse der weltpolitischen Entwicklung zwar nicht Neues. Was von dem Autor in knappen Worten zusammengefasst wird, ist jedoch Gegenstand komplexer Analysen, wenn man die Rückwirkungen auf die Bündniskonstellationen der USA berücksichtigt. Schwierig – und damit auch Gegenstand von Kontroversen innerhalb der Friedensbewegung – ist dieses deshalb, weil die Spannungen und Gegensätze bisher (d.h. zuletzt unter US-Präsident Obama) aus diplomatischen Floskeln und Analysen von regierungsnahen Thinktanks auf beiden Seiten des Atlantiks herausgelesen und richtig interpretiert werden mussten.

Mit der Präsidentschaft von Donald Trump erscheinen nun zentrale Aspek-